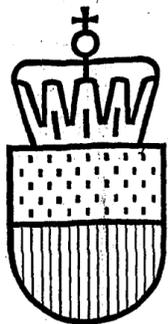


# Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 22.—, halbjährlich Fr. 11.50, vierteljährlich Fr. 6.—, Ausland jährlich Fr. 42.—, halbjährlich Fr. 22.—. Bestellungen nehmen die Postämter und die Verwaltung des Blattes entgegen. Verwaltung und Redaktion «Liechtensteiner Volksblatt», Vaduz, Altenbachstrasse 99, Telefon 075 2 19 37 / 2 24 12. Postcheckkonto 90-2988 St. Gallen. Druck: Buchdruckerei «Gutenberg», Schaan, Fürstentum Liechtenstein.



Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame  
Inland 12 Rp. 30 Rp.  
Schweiz 15 Rp. 35 Rp.  
Übriges Ausland 17 Rp. 40 Rp.  
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 2 19 37. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

AZ Vaduz, Mittwoch, 7. April 1965

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

99. Jahrgang — Nr. 50

## Der Kleinstaat im kommenden Grosstaat Europa

Vortrag von Dr. Otto von Habsburg an der Volkshochschule Schaan

II  
Was hat dies aber mit unserem Thema zu tun? Nun, es gibt uns einen sehr wichtigen Hinweis: man soll kein Prinzip überspitzen. Die Geschichte ist Leben, Dynamik, sie ist ein flüchtiges Element und widersetzt sich jeder Doktrin.

Der Nationalstaatsgedanke wurde ad absurdum geführt, als man die übernationalen Grossstaaten Österreich-Ungarn, Russland und die Türkei im Namen des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zerschlug. Eine Reihe von Staaten wurde gegründet, die Nationalstaaten zu sein behaupteten, ohne es in Wahrheit zu sein. Sie waren aber vor allem wirtschaftlich wie militärisch gegenüber den grossen Mächten derart im Hintertreffen, dass sie dem ersten Ansturm zum Opfer fielen, sei es, dass sie sich — wie Jugoslawien, sich innerhalb weniger Tage in ihre heterogenen Bestandteile auflösten. Die Friedensordnung der Pariser Verträge war eine Totgeburt, weil sie einem starren Prinzip folgte, das im Grunde bereits überholt und keineswegs fortschrittlich, sondern ausgesprochen reaktionär war. Der Theoretiker des «Neuen Europa», das auf der Gleichberechtigung der neugegründeten kleineren Staaten mit den Grossmächten und auf der integralen Verwirklichung des Nationalitätenprinzips beruhen sollte, der Tscheche Thomas Masaryk, schuf selbst jenen Staat, an dem sich zuerst der Widersinn seiner Doktrin erfüllen sollte. Die Grossmächte selbst haben 1938 die Tschechoslowakei einfach als ein friedensstörendes Element bezeichnet und aufgeteilt, ohne sie auch nur zu fragen. Man sollte gerade bei der Beurteilung dieses durch das Münchner Abkommen besiegelten Prozesses nicht übersehen, dass die ultimative Forderung, der sich die Prager Regierung am 22. September 1938 gefügt hat, von ihren eigenen Bundesgenossen ausging und dass in England der Gedanke, die Tschechoslowakei zu liquidieren, bereits seit dem Frühjahr 1938 öffentlich und amtlich diskutiert wurde.

Der Nationalstaat war nicht nur mit dem doktrinären Argument durchgesetzt worden, dass jede Nation einen Staat besitzen müsse, sondern auch, soweit er die Schaffung grösserer Staaten aus kleineren Souveränitäten bedeutete, mit wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Begründungen. In Deutschland ging ihm die Bildung des Zollvereins voraus. Der deutsche Wirtschafts- und Staatstheoretiker Friedrich List verwies in seinen Schriften vor allem auf die Tatsache, dass im Zeitalter der Eisenbahn der Kleinstaat überlebt sei. Bismarck brachte die Forderung nach Bundesreform unter Verstär-

kung der zentralen Autorität auf die Formel, dass es für Preussen nicht erträglich sei, wenn es wegen der Aufstellung einiger Telegraphenmasten jeweils mit drei deutschen Regierungen diplomatische Verhandlungen führen müsse.

Der Nationalrat des 19. Jahrhunderts ging — fälschlich — von der Voraussetzung aus, dass die Zusammenfassung einer Nation in einem einzigen Staat zugleich auch die wirtschaftlich beste Lebensform schaffe. Der Schwede Rudolf Kjellen, einer der Begründer der Geopolitik, hat denn auch zum Beginn des 20. Jahrhunderts die Staatsräson der europäischen Mächte auf eine neue These gestützt. «Der Staat als Lebensform» betitelt sich sein wichtigstes Werk. In Versailles und St. Germain aber wurden im Namen des Nationalstaates uralte und bewährte Lebensformen zerstört, aus grösseren Staaten wurden künstlich kleinere gemacht. Die Wirtschaftsmisere der 20er Jahre war ebenso wie die politische Unruhe in Mitteleuropa auf diese doktrinaire Politik zurückzuführen. Bismarck hat mit seiner Warnung an König Wilhelm recht behalten, dem er 1866 in Nikolsburg geschrieben hatte, die Zerstörung Österreichs werde nichts schaffen als eine Reihe dauernd revolutionärer Herde zwischen Bodensee und Bukowina. Die Erfahrungen, die wir mit der Überspitzung des Nationalstaatsprinzips machten, sollten wir in unserer Zeit beim Aufbau der supranationalen Grossräume berücksichtigen.

Wir beobachten in der Geschichte immer wieder, dass zwar eine Entwicklungstendenz vorherrscht, dass sie aber niemals allein bestimmend ist, sondern dass sehr oft zwei Strömungen nebeneinanderherlaufen und dass eine der anderen widerspricht. Scheinbar dominiert bis 1919, ja bis 1938, die Idee des Nationalstaates in der Durchschnittsgrösse einer europäischen Grossmacht. In Wahrheit aber machten sich bereits seit der Jahrhundertwende bei staatsmännisch veranlagten Personen übernationale Bestrebungen bemerkbar. Hier seien nur einige genannt: Das Projekt des britischen Konservativen Joseph Chamberlain, der Grossbritannien, das Deutsche Reich und die Vereinigten Staaten von Amerika zu einer Allianz zusammenschliessen wollte, die kein Bündnis alten Stils sein sollte, sondern eine Art von überstaatlicher Konföderation, von der er sagte, sie werde den Weltfrieden für hundert Jahre sichern. Ähnlichen Geist zeigen die Bestrebungen, die ihr Sprachrohr in Joseph Blochs «Sozialistischen Monatsheften» hatten, dem Organ der «Revisionisten» in und ausserhalb der deut-

schon Sozialdemokratie und die Idee Friedrich Naumanns, die er in seinem während des Ersten Weltkrieges erschienenen Buch «Mittel-europa» niederlegte. Aus anderer Sicht wiederum kommen die Gedanken des britischen Nobelpreisträgers Norman Angell über die notwendige Symbiose der industriellen Staaten. Vor allem aber sei die nach dem Ersten Weltkrieg formulierte paneuropäische Idee des Grafen Coudenhove-Kalergi genannt, die noch heute brennende Aktualität besitzt. Vielleicht darf man auch noch den Gedanken des Erzherzog-Thronfolgers Franz Ferdinand von Österreich-Este, die konservativen Mächte Europas in einem Dreikaiserbündnis zu vereinen und damit den Frieden Europas auf lange Sicht zu erhalten, in diese Projekte einbeziehen, insbesondere weil Franz Ferdinand von Österreich nicht bei der Idee des Grossraumes stehen blieb, sondern erkannte hatte, dass man diesen nur dann sichern kann, wenn man ihn untergliedert und den kleinen Gliedstaaten ein Höchstmass von Autonomie gewährt. Gerade dieser Gedanke kann auch in unserer Zeit noch fruchtbar werden.

Welche objektiven Momente die Entwicklungstendenz zum Grossraum, zum übernationalen Staat oder zur überstaatlichen Föderation heute bedingen, ist leicht zu verstehen. Das Gesunde an der heutigen Entwicklung ist im Gegensatz zu der nationalstaatlichen Tendenz des vorigen Jahrhunderts, dass sie nicht ideologischer Natur ist. Es sind keine Emotionen, keine Theorien, die unsere Generation veranlassen, Wirtschaftsgemeinschaften, Zollunionen und militärische Integrationen zu fordern und zu verwirklichen. Es ist das Leben selbst, das sich durchsetzt, und während die nationalen Politiker des vorigen Jahrhunderts von den Wogen der Volksleidenschaften getragen — sehr oft, wie zum Beispiel Napoleon III. — ins Verderben gerissen wurden, so ist es die vornehmste Aufgabe der heutigen Verantwortlichen, die störenden nationalen Emotionen auszuschalten und der Vernunft zum Recht zu verhelfen. Kein Zufall daher, dass wir immer wieder dem Begriff des «Marktes» begegnen. Grössere Märkte zu schaffen, weil damit bessere Voraussetzungen für eine ergebnisreichere Produktion und den Absatz der Güter entstehen, Marktordnungen und Marktregelungen vertraglich zu verankern, weil man dadurch Krisen abfangen und Entwicklungen steuern kann, ist ein entscheidendes Motiv der heutigen Politik. Die moderne Technik hat mit der Automatisierung und anderen umwälzenden Neuerungen die Vor-

## Fastenopfer - Wort zum Tag

«Gott will, dass alle Menschen gerettet werden und zur Erkenntnis der Wahrheit gelangen. Denn es ist ein Gott und ein Mittler zwischen Gott und den Menschen, Christus Jesus, der Mensch, der sich selbst zum Lösegeld hingegeben hat.» (1. Brief an Timotheus 2, 4-5)

Die Erinnerung an das Leiden des Herrn vertieft in uns die dem Fastenopfer zugrundeliegende Sorge um das Heil der Welt.

aussetzung für die Massenerzeugung von Gütern geschaffen, die eben deshalb wohlfeil sind, weil man sie in kurzer Zeit und mit verhältnismässig geringem Aufwand an menschlicher Arbeit in Mengen herstellen kann. Sie bedürfen aber dazu des grossen Marktes und wegen der Notwendigkeit dauernder Weiterentwicklung und Verbesserung der technischen Apparatur auch der breiten Konkurrenz und Erprobung.

Dazu kommt heute noch das Problem der Rohstoffversorgung. Den industriellen Ländern müssen die Rohstoffe der ganzen Welt zu möglichst gleichen Konkurrenzbedingungen zugänglich sein. Eine Entwicklung, wie sie uns das sogenannte «deutsche Wirtschaftswunder» bietet, hätte man noch vor wenigen Jahrzehnten, ja man hat sie bis 1950 für unmöglich gehalten. Ein Land, dem es an den meisten Rohstoffen mangelt, hat sich innerhalb eines Jahrzehnts zur zweitstärksten Wirtschaftsmacht der freien Welt emporgearbeitet. Ein Land, dessen grosse Sorge 1950 die Überbevölkerung war, beschäftigt heute eine Million ausländischer Gastarbeiter und hat trotzdem noch Mangel an Arbeitskräften. Gerade an diesem Punkte aber dürfen wir gleich einen Gedanken einschalten, der für unser eigentliches Thema ausserordentlich bedeutsam ist: Erprobt und längst praktiziert wurde das, was der Gross-Staat Deutschland seit 1950 durchführt, in europäischen Klein- und Mittelstaaten, wie es die Schweiz und Luxemburg sind. Kein europäisches Land ist ärmer an Rohstoffen als die Schweiz. Dennoch hat sie es seit je verstanden, nicht nur an den Konjunkturen der grossen Staaten teilzunehmen, sondern auch deren Krisen verhältnismässig glimpflich zu überstehen. Hier haben wir einen wichtigen Hinweis auf die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit der Existenz kleiner Staaten in einer grossräumig organisierten Welt und zugleich des Fortbestandes multinationaler Staatswesen im Zeitalter des Nationalstaates. Wir könnten es auch so formulieren: Die allgemeine Tendenz lässt eine Strömung entstehen, in der auch die kleineren Staaten und Völker mitschwimmen können. (Fortsetzung folgt)

## notiert und kommentiert...

### Ceylon: Politischer Erdbeben

Eine beliebte Quiz-Frage in der ganzen Welt ist es gewesen: Wer ist der einzige weibliche Regierungschef der Welt? Die Antwort war: Frau Bandanaraike. Frau Sirimavo Bandanaraike war in der Tat nach der Ermordung ihres Gatten zu der unerwarteten Ehre gelangt, Ministerpräsidentin ihres Landes zu werden, und sie führte ihr Regiment zunächst mit einem erstaunlichen Mass an Klugheit... und weiblicher List. Aber das genügt freilich nicht, um sich im politischen Sattel zu halten. Und so tat Frau Bandanaraike schliesslich Dinge, die nicht nur ihrer Position, sondern in noch viel grösserem Masse den wirklichen Interessen ihres Landes schaden. Im Jahre 1960 liess sie sich auf eine Verbindung mit der marxistischen Linken Ceylons ein; und wie bei jedem Volksfront-Experiment verstanden es die Kommunisten in kurzer Zeit, die Infiltration in die Regierungsämter sehr zu Ungunsten ihrer politischen Verbündeten auszunutzen und auszuweiten. Kein Jahr war vergangen, und es wurde offensichtlich, dass die Frau Ministerpräsidentin von Ceylon wenn nicht ihre Seele, so doch die Zukunft ihres Lan-

des mit diesem Wahlgeschäft verkauft hatte. Die «Sozialisierungen» auf Ceylon überstürzten sich, und die wertvollen Gummipflanzungen, die Teeplantagen, die Ölgesellschaften, das Exportgeschäft und weitere Sektoren der ceylonesischen Volkswirtschaft wurden verstaatlicht!

Wie immer in solchen Fällen nahm die Wirtschaftlichkeit sofort ab, und die Wirtschaft Ceylons lief in einen Engpass nach dem anderen. Das Vertrauen des Auslandes schwand dahin. Schon nach wenigen Monaten sah sich Frau Bandanaraike vor einer gähnenden Leere an Devisen, die neuerdings schädliche Devisenbewirtschaftungsmassnahmen notwendig machten. Die Zahlungen an das Ausland wurden hinausgeschoben oder gänzlich eingestellt, und diese devisentechnischen Mittel verschlimmerten nur noch die Lage weiter, indem in Finanzkreisen des Westens Ceylon den Ruf einer Mausefalle erhielt, in die man bekanntlich leicht hineinkommt, aber nie mehr heraus! In dieser Lage schien es unvermeidlich, dass Ceylon mehr und mehr zu einem «Kuba Asiens» werden müsste, in welchem sich die Hintermänner des ceylonesischen Kommunismus bald einmal häuslich einnisten würden.

Es kam aber anders. Alle Unterdrückungsmassnahmen der für ihre politischen Prinzipien

recht übel beleumdeten Frau Bandanaraike konnten den wachsenden Unmut einer sich um ihre Zukunft geprellt fühlenden Bevölkerung nicht verhindern. Die Opposition wuchs und führte nun im März zu einer totalen Wahlniederlage der Regierungskoalition. Frau Bandanaraike schien sich zuerst noch zu überlegen, ob sie — in demokratischen Wahlen deutlich geschlagen — zum Mittel eines Staatsstreichs greifen sollte, um sich von den Kommunisten wieder installieren zu lassen. Es brauchte Demonstrationen und Drohungen, bis schliesslich die staatsrechtlich durch die Wahlniederlage einwandfrei abgesetzte Ministerpräsidentin das Regierungspalais räumte und ihren Rücktritt offiziell verlauten liess.

Nun wurde an ihrer Stelle der bisherige Führer der Opposition, Senanayake, neuer Ministerpräsident Ceylons. Erst in einigen Monaten kann ein Urteil über die neue Regierung gefällt werden. Wie immer die aussenpolitische Einstellung des neuen ceylonesischen Regierungschefs sein mag, sicher ist, dass er vor immensen Schwierigkeiten stehen wird, das kolossale Schlamassel in der Wirtschaft Ceylons aufzuräumen. Einerseits ist Senanayake auf wirtschaftliche Hilfe aus dem Westen angewiesen, andererseits aber ist seine politische Partei nur

regierungsfähig, wenn sie sich ihrerseits auf eine Koalition mit einer der Splittergruppen im politischen Leben der Teeinsel einlässt. Als ausgeschlossen gilt, dass etwa eine marxistische Gruppe, die von Frau Bandanaraike nicht mitberücksichtigt worden war, nun zum Zuge käme. Die Moskowiter, Pekinesen, Trotzkiten — und wie sie alle heissen — haben ihr allzu durchsichtiges Spiel ausgespielt! Eine Koalition der Vereinigten Nationalen Partei Senanayakes muss sich wahrscheinlich auf die Familien abstützen, was automatisch die leidige Rassen- und Sprachenfrage auf Ceylon wieder ins Rollen bringen könnte. Konzessionen zugunsten der Tamil sprechenden Bewohner der nördlichen und östlichen Gegenden Ceylons könnten die auf ihre Vorrechte sehr erpichte Mehrheit aber erbosen und Senanayakes Stellung auf dem kulturellen Gebiet so exponieren, dass seine politischen Überlebenschancen weniger gut erscheinen könnten als diejenigen seiner Vorgängerin anlässlich ihres Amtsantritts. Und diese Situation wiederum ist wenig geeignet, das Vertrauen des Auslandes in die neue Regierung schon von Anfang an so stark zu machen, wie für eine erfolgreiche Inangriffnahme der wirtschaftlichen und finanziellen Sanierung des Landes notwendig wäre. Luzius